

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Gökay Akbulut, Nicole Gohlke, Ates Gürpinar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 20/249 –**

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das bisherige Jahr 2021

Vorbemerkung der Fragesteller

Die von der Fraktion DIE LINKE. regelmäßig erfragten Informationen zur Asylstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beleuchten ausgewählte Aspekte, die sonst kaum Beachtung finden. So ist wenig bekannt, dass die Anerkennungsquote bei inhaltlichen Asylentscheidungen weitaus höher liegt als die offiziellen Zahlen vermuten lassen (vgl. hierzu und zum Folgenden, soweit nicht anders angegeben, Bundestagsdrucksache 19/28109). Die sogenannte bereinigte Schutzquote, bei der rein formelle Entscheidungen unberücksichtigt bleiben, lag im Jahr 2020 bei 57,3 Prozent, gegenüber der vom BAMF und der Bundesregierung verwandten unbereinigten Schutzquote in Höhe von 43,1 Prozent.

Hinzu kommen Anerkennungen durch die Gerichte nach einer zunächst negativen Entscheidung des BAMF; gegen knapp drei Viertel aller ablehnenden BAMF-Bescheide wurde im Jahr 2020 geklagt. Fast die Hälfte aller Asylklagen (46,3 Prozent) endete 2020 mit einer „sonstigen Verfahrenserledigung“, z. B. wenn Verfahren von mehreren Familienangehörigen zusammengelegt werden, wenn eine Klage nicht weiterverfolgt oder wenn ein Schutzstatus im Einvernehmen mit dem BAMF in Abänderung des Ursprungsbescheides erteilt wird. „Sonstige Verfahrenserledigungen“ erfolgen nicht etwa überwiegend in Fällen mit schlechten Erfolgsaussichten, wie die wichtigsten betroffenen Herkunftsländer Syrien, Afghanistan und der Irak zeigen. Auch wenn ein Gericht entscheidet, dass das Asylverfahren in Deutschland durchgeführt werden muss, gilt dies z. B. als „sonstige Erledigung“ (vgl. Antwort zu Frage 26 auf Bundestagsdrucksache 19/4961). Die Bundesregierung räumte auf Nachfrage ein (vgl. Antwort zu Frage 18 auf Bundestagsdrucksache 19/22023), dass „sonstige Verfahrenserledigungen“ bei Gericht keine Aussage zur Schutzbedürftigkeit der Betroffenen beinhalten und nicht als Bestätigung der Entscheidungen des BAMF gewertet werden können.

Werden diese formellen Erledigungen der Verfahren außer Betracht gelassen und nur inhaltliche Entscheidungen der Gerichte betrachtet, ergibt sich nach Berechnung der Fragestellenden eine bereinigte Erfolgsquote von Asylsuchenden im Klageverfahren im Jahr 2020 in Höhe von 31,2 Prozent – das BAMF gab demgegenüber eine Aufhebungsquote in Höhe von nur 16,6 Prozent an (Gerichtsstatistik 2020, www.bamf.de). Bei afghanischen Geflüchteten lag die

bereinigte Erfolgsquote im Klageverfahren 2020 sogar bei 60 Prozent, d. h. deutlich mehr als jeder zweite BAMF-Bescheid erwies sich nach einer gerichtlichen Überprüfung als falsch. In absoluten Zahlen mussten die Verwaltungsgerichte 2020 insgesamt 21 224 BAMF-Bescheide korrigieren, zudem änderte das BAMF von sich aus weitere 3 811 Bescheide. In 24 328 Fällen erhielten vom BAMF zunächst abgelehnte Schutzsuchende im Jahr 2020 auf diese Weise doch noch einen Schutzstatus, hinzu kamen 2 471 Anerkennungen als Ergebnis eines Folgeantrags.

Die Spannbreite der bereinigten Schutzquoten unterschiedlicher Standorte des BAMF ist enorm: Bei afghanischen Schutzsuchenden beispielsweise lag sie im Jahr 2020 zwischen 31,7 und 87,5 Prozent, bei irakischen zwischen 8,8 und 78 Prozent und bei türkischen Asylsuchenden zwischen 11,4 und 67,9 Prozent. Mit deutlich negativ abweichenden Schutzquoten fielen z. B. die BAMF-Standorte Frankfurter Flughafen, Heidelberg, Chemnitz, Bamberg, Neumünster, Eisenhüttenstadt, Zirndorf, Gießen und Regensburg auf, viele von ihnen bereits im Jahr 2019. Das Forschungszentrum des BAMF benannte u. a. folgende Erklärungen für eine abweichende Entscheidungspraxis im BAMF: ein besonderes „Mikroklima“ in der jeweiligen Organisationseinheit, die Zusammensetzung des Personals und lokale Auslegungen von Leitsätzen. Das wurde von der Bundesregierung zunächst als „hypothetisch“ bewertet (Antwort zu Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 19/6786), auf Nachfrage (Antwort zu Frage 4f auf Bundestagsdrucksache 19/18498) hieß es, dass Qualitätssicherungsmaßnahmen und Schutzquotenüberprüfungen „den hypothetischen lokalen (Fehl-)Entwicklungen entgegenwirken bzw. diese verhindern sollen“. So wurden z. B. in Bezug auf die Herkunftsländer Nigeria und Eritrea Leitsätze und Textbausteine geändert, um Entscheidungen zu vereinheitlichen (ebd., Antwort zu Frage 4b). In der „Zeitschrift für Ausländerrecht“ (ZAR 7/2020, S. 223 ff.) erklärte die Vize-Präsidentin des BAMF, Ursula Gräfin Praschma, unterschiedliche Schutzquoten ließen sich vor allem auf individuell unterschiedliche Sachverhalte und Merkmale der jeweiligen Asylgesuche zurückführen. In einer Entgegnung (ZAR 1/2021, S. 10 ff.) legte Prof. Dr. Gerald Schneider aufgrund empirischer Daten zu Asylsuchenden in Deutschland dar, dass diese individuellen Merkmale gerade keinen messbaren Effekt auf die Schutzgewährung hätten.

Immer mehr Anerkennungen erfolgen im Rahmen des Familienschutzes, d. h. es geht um Angehörige von in Deutschland bereits anerkannten Flüchtlingen, hierunter auch Personen, die zuvor im Wege des Familiennachzugs eingereist sind (Antwort zu Frage 2b auf Bundestagsdrucksache 19/13945). Beim Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) lag der Anteil des Familienschutzes im Jahr 2020 bei 82 Prozent (2019: 80,6 Prozent, 2017: 24,5 Prozent, 2015: 2,2 Prozent). Werden diese Anerkennungen für Familienangehörige außer Betracht gelassen, zeigt sich, dass z. B. syrischen Asylsuchenden im Jahr 2015 noch zu 99,7 Prozent vom BAMF ein Schutz nach der GFK zugesprochen wurde, im ersten Halbjahr 2020 aber nur noch zu knapp 5 Prozent (vgl. Valentin Feneberg und Sebastian Pukrop: „Zur Asyl- und Gerichtsstatistik des BAMF“, in: ASYLMAGAZIN 10–11/2020, S. 356). Die meisten GFK-Status werden derzeit also an Familienangehörige infolge einer früheren Spruchpraxis des BAMF erteilt, die aktuelle Entscheidungspraxis des BAMF ist hingegen weitaus restriktiver.

Bei der Mehrheit aller Asylsuchenden in Deutschland handelt es sich um Kinder und Jugendliche, 2020 lag der Anteil der unter 18-jährigen Asylsuchenden bei 53,9 Prozent, 2,2 Prozent waren unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. 26 521 Asylanträge (25,9 Prozent aller Anträge) wurden für in Deutschland geborene Kinder von Geflüchteten (Asylsuchenden, anerkannten Flüchtlingen, Personen mit humanitärer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes – AufenthG) gestellt. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat knüpft vor diesem Hintergrund seit Januar 2020 zentral an der Zahl „grenzüberschreitender Asylerstanträge“ an, bei der Anträge für hier geborene Kinder nicht berücksichtigt werden (<https://www.bmi.bund.de/ShareDocs/pressemitteilungen/DE/2020/01/asylzahlen-jahr-2019.html>).

1. a) Wie hoch war die Gesamtschutzquote (Anerkennungen nach Artikel 16a des Grundgesetzes [GG], nach § 60 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes [AufenthG] in Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention [GFK], subsidiärer Schutz und Abschiebungshindernisse) in der Entscheidungspraxis des BAMF im dritten Quartal 2021 bzw. im bisherigen Jahr 2021 (bitte jeweils in absoluten und relativen Zahlen angeben und für die 15 wichtigsten Herkunftsländer gesondert darstellen, bitte für jedes dieser Länder in relativen Zahlen angeben, wie viele Asylsuchende Schutz nach Artikel 16a GG, nach § 60 Absatz 1 AufenthG in Anwendung der GFK, einen subsidiären Schutzstatus bzw. nationalen Abschiebungsschutz zugesprochen bekommen haben, bitte in einer weiteren Tabelle nach Art der Anerkennung differenzieren: Asylberechtigung [darunter Familienasyl], internationaler Flüchtlingsschutz [darunter Familienschutz], subsidiärer Schutz [darunter Familienschutz], nationale Abschiebungsverbote – bitte jeweils so differenziert wie möglich darstellen und in jedem Fall Angaben zu den Herkunftsländern Algerien, Marokko, Tunesien, Georgien, Armenien sowie zu allen sicheren Herkunftsstaaten machen)?
- b) Wie hoch war in den genannten Zeiträumen jeweils die „bereinigte Gesamtschutzquote“, d. h. die Quote der Anerkennungen bezogen auf tatsächlich inhaltliche und nicht formelle Entscheidungen (bitte wie zu Frage 1a differenzieren), und welche näheren Angaben lassen sich zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen in den genannten Zeiträumen machen?

Die Fragen 1a und die Quote zu 1b werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass durch Heranziehen der erfragten sog. bereinigten Gesamtschutzquote (Quote zu Frage 1b) etwaige Bleibeperspektiven von Staatsangehörigen der unten genannten Staaten nicht hergeleitet oder begründet werden können, da die formellen Ablehnungen von Asylanträgen bei einer derartigen Quotenberechnung nicht berücksichtigt werden. Formelle Ablehnungen führen ebenso wie materiell entschiedene Asylablehnungen im Regelfall zu einer Ausreisepflicht. Maßgeblich für die Feststellung einer etwaigen Bleibeperspektive ist daher die Gesamtschutzquote, die alle ablehnenden Asylentscheidungen berücksichtigt:

3. Quartal 2021	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG		Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG		Gesamtschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
Herkunftsländer gesamt	351	1,0 %	8.795	25,7 %	6.173	18,0 %	979	2,9 %	16.298	47,6 %	67,7 %
darunter											
Syrien	76	0,7 %	4.607	39,5 %	5.466	46,8 %	67	0,6 %	10.216	87,5 %	99,8 %
Afghanistan	14	0,7 %	335	16,9 %	94	4,7 %	348	17,6 %	791	40,0 %	77,4 %
Irak	1	0,0 %	648	24,4 %	111	4,2 %	167	6,3 %	927	34,9 %	49,8 %
Türkei	57	3,7 %	536	34,9 %	14	0,9 %	6	0,4 %	613	39,9 %	46,8 %
Ungeklärt	31	2,6 %	692	59,0 %	88	7,5 %	16	1,4 %	827	70,5 %	86,0 %
Georgien	–	–	1	0,1 %	2	0,2 %	3	0,3 %	6	0,7 %	1,0 %
Moldau, Republik	–	–	–	–	–	–	1	0,1 %	1	0,1 %	0,1 %
Somalia	18	1,9 %	493	50,8 %	72	7,4 %	69	7,1 %	652	67,1 %	83,6 %
Eritrea	10	1,0 %	643	67,3 %	126	13,2 %	31	3,2 %	810	84,8 %	93,2 %
Nordmazedonien	–	–	–	–	–	–	2	0,4 %	2	0,4 %	1,0 %
Iran	34	3,2 %	248	23,2 %	33	3,1 %	15	1,4 %	330	30,9 %	44,3 %
Nigeria	6	0,5 %	70	5,5 %	9	0,7 %	66	5,2 %	151	11,8 %	20,0 %

3. Quartal 2021	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG		Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG		Gesamtschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
Herkunftsländer gesamt	351	1,0 %	8.795	25,7 %	6.173	18,0 %	979	2,9 %	16.298	47,6 %	67,7 %
darunter											
Albanien	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Russische Föderation	9	1,1 %	45	5,4 %	12	1,4 %	4	0,5 %	70	8,4 %	19,2 %
Algerien	–	–	–	–	1	0,3 %	3	0,9 %	4	1,2 %	4,1 %
Serbien	–	–	–	–	–	–	4	1,1 %	4	1,1 %	2,7 %
Bosnien und Herzegowina	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ghana	–	–	1	0,8 %	–	–	2	1,5 %	3	2,3 %	3,1 %
Kosovo	–	–	1	0,8 %	–	–	2	1,6 %	3	2,3 %	6,4 %
Montenegro	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Senegal	–	–	–	–	–	–	2	4,9 %	2	4,9 %	9,1 %
Marokko	–	–	2	0,6 %	–	–	1	0,3 %	3	0,9 %	2,3 %
Tunesien	–	–	–	–	–	–	1	0,5 %	1	0,5 %	1,4 %
Armenien	–	–	–	–	–	–	4	2,5 %	4	2,5 %	4,9 %

3. Quartal 2021			Quote zu Frage 1b	
	absolut	Anteil	Anteil	
Asylberechtigung	351	1,0 %	1,5 %	
darunter Familienschutz	140	0,4 %	0,6 %	
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	8.795	25,7 %	36,5 %	
darunter Familienschutz	7.381	21,6 %	30,7 %	
Subsidiärer Schutz nach				
§ 4 I Nr. 1 AsylG	2	0,0 %	0,0 %	
§ 4 I Nr. 2 AsylG	4.406	12,9 %	18,3 %	
§ 4 I Nr. 3 AsylG	95	0,3 %	0,4 %	
§ 4 I AsylG Familienschutz	1.670	4,9 %	6,9 %	
Summe subsidiärer Schutz	6.173	18,0 %	25,7 %	
Abschiebungsverbot nach				
§ 60 V AufenthG	918	2,7 %	3,8 %	
§ 60 VII AufenthG	61	0,2 %	0,3 %	
Summe Abschiebungsverbot	979	2,9 %	4,1 %	
Gesamtschutz	16.298	47,6 %	67,7 %	

01.01.–30.11.2021	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG		Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG		Gesamtschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
Herkunftsländer gesamt	1.073	0,8 %	28.027	20,4 %	20.794	15,2 %	4.081	3,0 %	53.975	39,4 %	63,1 %
darunter											
Syrien	206	0,4 %	14.557	26,6 %	18.240	33,4 %	214	0,4 %	33.217	60,8 %	99,8 %
Afghanistan	35	0,4 %	1.224	14,3 %	391	4,6 %	1.760	20,6 %	3.410	39,9 %	69,6 %
Irak	14	0,1 %	2.243	22,6 %	426	4,3 %	583	5,9 %	3.266	32,9 %	46,2 %
Türkei	220	3,6 %	1.983	32,2 %	34	0,6 %	17	0,3 %	2.254	36,7 %	42,8 %
Ungeklärt	79	2,0 %	1.911	48,4 %	296	7,5 %	57	1,4 %	2.343	59,3 %	82,8 %
Somalia	87	2,6 %	1.507	45,9 %	220	6,7 %	229	7,0 %	2.043	62,2 %	81,1 %

01.01.–30.11.2021	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG		Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG		Gesamtschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
Herkunftsländer gesamt	1.073	0,8 %	28.027	20,4 %	20.794	15,2 %	4.081	3,0 %	53.975	39,4 %	63,1 %
darunter											
Georgien	–	–	2	0,1 %	4	0,1 %	14	0,4 %	20	0,6 %	0,9 %
Eritrea	43	1,5 %	1.840	62,5 %	408	13,8 %	170	5,8 %	2.461	83,5 %	92,3 %
Iran	77	1,9 %	889	22,1 %	98	2,4 %	44	1,1 %	1.108	27,5 %	38,4 %
Nigeria	23	0,5 %	243	4,8 %	39	0,8 %	243	4,8 %	548	10,9 %	17,1 %
Moldau, Republik	–	–	–	–	–	–	2	0,0 %	2	0,0 %	0,1 %
Nordmazedonien	–	–	–	–	–	–	4	0,2 %	4	0,2 %	0,4 %
Algerien	1	0,1 %	7	0,4 %	5	0,3 %	11	0,7 %	24	1,4 %	4,8 %
Russische Föderation	20	0,7 %	133	4,7 %	37	1,3 %	27	1,0 %	217	7,7 %	14,8 %
Albanien	–	–	–	–	3	0,2 %	3	0,2 %	6	0,5 %	0,8 %
Serbien	–	–	1	0,1 %	–	–	6	0,4 %	7	0,5 %	1,1 %
Bosnien und Herzegowina	–	–	–	–	–	–	1	0,1 %	1	0,1 %	0,3 %
Ghana	–	–	4	0,7 %	–	–	13	2,4 %	17	3,1 %	4,5 %
Kosovo	–	–	2	0,4 %	–	–	7	1,5 %	9	1,9 %	5,0 %
Montenegro	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Senegal	–	–	–	–	–	–	3	1,6 %	3	1,6 %	3,6 %
Marokko	1	0,1 %	9	0,8 %	6	0,5 %	9	0,8 %	25	2,2 %	4,8 %
Tunesien	–	–	–	–	3	0,4 %	6	0,8 %	9	1,3 %	3,2 %
Armenien	–	–	2	0,3 %	6	0,9 %	28	4,2 %	36	5,5 %	9,2 %

01.01.–30.11.2021			Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	Anteil
Asylberechtigung	1.073	0,8 %	1,3 %
darunter Familienschutz	460	0,3 %	0,5 %
Flüchtlingsschutz (§ 3 Absatz 1 AsylG)	28.027	20,4 %	32,8 %
darunter Familienschutz	23.404	17,1 %	27,4 %
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 Absatz 1 Nummer 1 AsylG	11	0,0 %	0,0 %
§ 4 Absatz 1 Nummer 2 AsylG	14.983	10,9 %	17,5 %
§ 4 Absatz 1 Nummer 3 AsylG	609	0,4 %	0,7 %
§ 4 Absatz 1 AsylG Familienschutz	5.191	3,8 %	6,1 %
Summe subsidiärer Schutz	20.794	15,2 %	24,3 %
Abschiebungsverbot nach			
§ 60 Absatz 5 AufenthG	3.781	2,8 %	4,4 %
§ 60 Absatz 7 AufenthG	300	0,2 %	0,4 %
Summe Abschiebungsverbot	4.081	3,0 %	4,8 %
Gesamtschutz	53.975	39,4 %	63,1 %

Nähere Angaben zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen für die genannten Zeiträume können der folgenden Tabelle entnommen werden:

3. Quartal 2021 Entscheidungskategorie	
Abschiebung vor Entscheidung	1
Antrag nicht weiter bearbeitet	2
Einstellung wg. § 33 Absätze 1 und 2, § 32a Absatz 2 AsylG	743
nicht erforderlich, Dublin	62
sonstige Einstellung	520
Unzulässig (§ 29 Absatz 1 Nummer 1 AsylG)	2.916
Unzulässig (§ 29 Absatz 1 Nummer 2 AsylG)	693
Unzulässig (§ 29 Absatz 1 Nummer 3 AsylG)	7
Unzulässig (kein Zweitverf. § 29 Absatz 1 Nummer 5 AsylG)	818
Unzulässig (kein Folgeverf. § 29 Absatz 1 Nummer 5 AsylG)	4.414

01.01.–30.11.2021 Entscheidungskategorie	
Abschiebung vor Entscheidung	1
Antrag nicht weiter bearbeitet	2
Einstellung wg. § 33 Absätze 1 und 2, § 32a Absatz 2 AsylG	2.452
nicht erforderlich, Dublin	240
sonstige Einstellung	2.233
Unzulässig (§ 29 Absatz 1 Nummer 1 AsylG)	10.591
Unzulässig (§ 29 Absatz 1 Nummer 2 AsylG)	2.489
Unzulässig (§ 29 Absatz 1 Nummer 3 AsylG)	27
Unzulässig (§ 29 Absatz 1 Nummer 4 AsylG)	4
Unzulässig (kein Zweitverf. § 29 Absatz 1 Nummer 5 AsylG)	2.950
Unzulässig (kein Folgeverf. § 29 Absatz 1 Nummer 5 AsylG)	30.591

2. a) Wie viele der Anerkennungen nach § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes (AsylG) in Anwendung der GFK im dritten Quartal 2021 bzw. im bisherigen Jahr 2021 beruhten auf staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung bzw. waren Familienflüchtlingschutzstatus (bitte in absoluten und relativen Zahlen und noch einmal gesondert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern angeben)?

Angaben zu Entscheidungen aufgrund staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung werden nur für Entscheidungen nach § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes (AsylG) erfasst und können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

3. Quartal 2021	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 Absatz 1 AsylG					
		Familien- flüchtlings- schutz nach § 26 Absatz 5 AsylG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung	
				davon ge- schlechtsspez. Verfolgung		davon ge- schlechtsspez. Verfolgung
Herkunftsländer gesamt	8.795	7.381	652	108	526	355
darunter:						
Syrien	4.607	4.464	112	16	8	5
Afghanistan	335	222	14	7	90	40
Irak	648	621	1	–	25	9
Türkei	536	256	260	26	1	–
Ungeklärt	692	401	115	14	77	16
Georgien	1	–	–	–	1	1
Moldau, Republik	–	–	–	–	–	–
Somalia	493	275	9	8	180	176
Eritrea	643	628	5	–	7	7
Nordmazedonien	–	–	–	–	–	–
Iran	248	140	88	20	6	5
Nigeria	70	55	1	1	11	10
Albanien	–	–	–	–	–	–
Russische Föd.	45	35	3	1	7	–
Algerien	–	–	–	–	–	–

01.01.–30.11.2021	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 Absatz 1 AsylG					
		Familien- flüchtlings- schutz nach § 26 Absatz 5 AsylG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung	
				davon ge- schlechtsspez. Verfolgung		davon ge- schlechtsspez. Verfolgung
Herkunftsländer gesamt	28.027	23.404	2.424	409	1.583	1.094
darunter:						
Syrien	14.557	14.048	400	61	36	12
Afghanistan	1.224	864	58	15	266	98
Irak	2.243	2.088	19	1	117	62
Türkei	1.983	882	1.044	108	7	4
Ungeklärt	1.911	1.205	292	46	173	30
Somalia	1.507	861	35	26	534	517
Georgien	2	1	–	–	1	1
Eritrea	1.840	1.800	11	3	23	23
Iran	889	456	365	80	24	18
Nigeria	243	185	4	2	48	47
Moldau, Republik	–	–	–	–	–	–
Nordmazedonien	–	–	–	–	–	–
Algerien	7	1	3	2	3	3
Russische Föderation	133	107	10	2	15	8
Albanien	–	–	–	–	–	–

- b) Wie viele der Anerkennungen in den genannten Zeiträumen waren Schutzstatus nach § 26 AsylG für Familienangehörige bereits Anerkannter (bitte jeweils nach dem Bezugsstatus – Asylberechtigung, Flüchtlingsstatus nach der GFK bzw. subsidiärem Schutz – differenzieren), und wie viele dieser erteilten Status betrafen in Deutschland geborene Kinder (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

3. Quartal 2021	§ 26 AsylG Anerkennung		§ 3 Absatz 1 AsylG Familienschutz		§ 4 Absatz 1 AsylG Familienschutz	
		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder
Herkunftsländer gesamt	140	45	7.381	3.837	1.670	876
darunter:						
Syrien	40	11	4.464	2.250	1.282	624
Afghanistan	2	1	222	160	57	33
Irak	1	–	621	418	87	54
Türkei	29	6	256	81	2	2
Ungeklärt	8	1	401	176	42	22
Georgien	–	–	–	–	–	–
Moldau, Republik	–	–	–	–	–	–
Somalia	4	2	275	132	49	36
Eritrea	6	4	628	375	87	69
Nordmazedonien	–	–	–	–	–	–
Iran	5	3	140	76	11	6
Nigeria	4	2	55	39	8	6
Albanien	–	–	–	–	–	–
Russische Föd.	3	3	35	14	6	–
Algerien	–	–	–	–	–	–

01.01.–30.11.2021	§ 26 AsylG Anerkennung		§ 3 Absatz 1 AsylG Familienschutz		§ 4 Absatz 1 AsylG Familienschutz	
		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder
Herkunftsländer gesamt	460	169	23.404	12.868	5.191	2.998
darunter:						
Syrien	100	30	14.048	7.673	3.886	2.184
Afghanistan	4	2	864	586	219	114
Irak	14	3	2.088	1.491	304	185
Türkei	103	29	882	252	9	4
Ungeklärt	26	7	1.205	533	117	70
Somalia	27	10	861	451	148	105
Georgien	–	–	1	–	2	1
Eritrea	33	20	1.800	1.146	252	208
Iran	21	14	456	228	31	16
Nigeria	14	6	185	110	25	19
Moldau, Republik	–	–	–	–	–	–
Nordmazedonien	–	–	–	–	–	–
Algerien	–	–	1	–	1	–
Russische Föd.	9	7	107	30	16	5
Albanien	–	–	–	–	–	–

- c) Wie viele der Asylsuchenden in den genannten Zeiträumen verfügten zum Zeitpunkt der Asylantragstellung über einen rechtmäßigen Aufenthaltstitel (welchen?) oder eine Duldung (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren), und wie viele Personen verfügten zuletzt über einen Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten (bitte wie in der Antwort zu Frage 2c auf Bundestagsdrucksache 19/22023 differenzieren)?

Zum Stichtag 30. November 2021 waren im Ausländerzentralregister (AZR) 33.069 Personen erfasst, die im Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis 30. November 2021 einen Asylantrag gestellt haben, während sie einen gültigen Aufenthaltstitel oder eine gültige Duldung besaßen. 7.230 Personen verfügten zum Zeitpunkt ihrer Asylantragstellung über einen gültigen Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten. Die weiteren Angaben können den nachstehenden Tabellen entnommen werden:

Asylantragstellung, während ein gültiger Titel oder eine Duldung vorlagen	3. Quartal 2021	Jahr 2021 gesamt
Gesamt	8.144	33.069
davon:		
Aufenthaltserlaubnis (AE) völkerrechtliche, humanitäre, politische Gründe	587	10.979
Duldungen	4.271	10.793
AE – familiären Gründen	3.153	10.768
AE – Besondere Aufenthaltsrechte	60	257
AE – Ausbildung	63	216
AE – Erwerbstätigkeit	10	46
EU-Aufenthaltsrechte	0	10

Asylantragstellung, während ein gültiger Titel oder eine Duldung vorlagen	3. Quartal 2021	Jahr 2021 gesamt
alle Staatsangehörigkeiten	8.144	33.069
darunter:		
Syrien	2.846	18.627
Afghanistan	3.104	6.463
Ungeklärt	290	1.292
Irak	295	977
Iran	198	601
Eritrea	168	575
Somalia	139	538
Türkei	133	481
Nigeria	128	388
Russische Föderation	97	343

Asylantragstellung während eines gültigen Aufenthaltstitels zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten	3. Quartal 2021	Jahr 2021 gesamt
Gesamt	2.162	7.230
davon:		
nach § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3c Variante 3 AufenthG (Ehegattennachzug zu Asylberechtigtem)	10	33
nach § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3c Variante 4 AufenthG (Ehegattennachzug zu anerkanntem Flüchtling)	412	1.354
nach § 32 Absatz 1 Nummer 1 AufenthG (Kindesnachzug zu Asylberechtigten)	5	22

Asylantragstellung während eines gültigen Aufenthaltstitels zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten	3. Quartal 2021	Jahr 2021 gesamt
Gesamt	2.162	7.230
davon:		
nach § 32 Absatz 1 Nummer 2 AufenthG (Kindesnachzug zu Asylberechtigtem oder anerkanntem Flüchtling)	1.310	4.388
nach § 36a Absatz 1 Satz 1 Variante 1 AufenthG (Ehegattennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten)	108	309
nach § 36a Absatz 1 Satz 1 Variante 2 AufenthG (Kindesnachzug zu subsidiär Schutzberechtigten)	243	901
nach § 36a Absatz 1 Satz 2 AufenthG (Elternnachzug zu minderjährigen subsidiär Schutzberechtigten)	74	223

Aufhältige Ausländer mit Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten zum Stichtag 30.11.2021	Anzahl Personen
Alle Aufenthaltstitel	86.903
davon:	
nach § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3c Variante 3 AufenthG (Ehegattennachzug zu Asylberechtigtem)	1.181
nach § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3c Variante 4 AufenthG (Ehegattennachzug zu anerkanntem Flüchtling)	33.729
nach § 32 Absatz 1 Nummer 1 AufenthG (Kindesnachzug zu Asylberechtigten)	576
nach § 32 Absatz 1 Nummer 2 AufenthG (Kindesnachzug zu Asylberechtigtem oder anerkanntem Flüchtling)	41.286
nach § 36a Absatz 1 Satz 1 Variante 1 AufenthG (Ehegattennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten)	3.549
nach § 36a Absatz 1 Satz 1 Variante 2 AufenthG (Kindesnachzug zu subsidiär Schutzberechtigten)	6.048
nach § 36a Absatz 1 Satz 2 AufenthG (Elternnachzug zu minderjährigen subsidiär Schutzberechtigten)	534

Aufhältige Ausländer mit Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten zum Stichtag 30.11.2021	Anzahl Personen
Alle Staatsangehörigkeiten	86.903
darunter:	
Syrien	53.825
Irak	9.333
Türkei	3.498
Ungeklärt	3.328
Afghanistan	3.297
Pakistan	2.574
Iran	2.400
Staatenlos	1.923
Somalia	1.015
Eritrea	932

3. Welche Organisationseinheiten des BAMF (bitte genau bezeichnen) wurden im zweiten Halbjahr 2020 bzw. im ersten Halbjahr 2021 wegen signifikant negativer oder signifikant positiver (bitte getrennt darstellen) Abweichungen bei den (bereinigten) Schutzquoten um Stellungnahme gebeten, und welche Abweichungen in Bezug auf welche Herkunftsländer waren dies (bitte genauer bezeichnen und in Tabellenform darstellen wie zu Frage 4 auf Bundestagsdrucksache 19/22023)?

Welche Erklärungen wurden von den jeweiligen Organisationseinheiten für die signifikanten Abweichungen gegeben (bitte ausführen), und inwieweit wurden diese Erklärungen vom BAMF als nachvollziehbar bewertet, bzw. welche Schlussfolgerungen wurden hieraus gegebenenfalls gezogen (bitte ausführen)?

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat für die Überprüfung der Schutzquoten in den beiden dargestellten Betrachtungszeiträumen nur die Organisationseinheiten berücksichtigt, in denen mindestens 50 materiellrechtliche Entscheidungen (mrE) zu den jeweiligen zehn Hauptherkunftsländern in dem genannten Zeitraum getroffen wurden. Zudem wurden nur die Organisationseinheiten in die Plausibilisierung einbezogen und damit um Stellungnahme gebeten, bei denen die größten Abweichungen unterhalb sowie oberhalb der bundesdurchschnittlichen Schutzquote vorliegen. Die Plausibilität der abgegebenen Stellungnahmen wird unter Berücksichtigung der bundesweiten Entscheidungspraxis sowie der aktuellen bzw. zum Zeitpunkt der Entscheidung gültigen Leitsätze zu den jeweiligen Herkunftsländern betrachtet.

Für die Auswertung des zweiten Halbjahres 2020 wurden 14 Organisationseinheiten zur Stellungnahme aufgefordert. Die identifizierten relevanten Abweichungen konnten überwiegend bereits anhand der umfangreichen Stichproben nachvollzogen werden. Die Stellungnahmen der Organisationseinheiten wurden ergänzend hierzu ausgewertet. Die näheren Einzelheiten (betroffene Organisationseinheiten sowie die Art der Abweichung) können den untenstehenden Tabellen entnommen werden.

Auswertung der Entscheidungsstatistik im zweiten Halbjahr 2020 anhand unterschreitender Abweichungen von 10 Prozentpunkten oder mehr und Aufforderung zur Stellungnahme (Stand: 19. Februar 2021) für die zehn Hauptherkunftsländer:

Bei den Herkunftsländern Syrien und Georgien wurden keine unterschreitenden Abweichungen von 10 Prozentpunkten oder mehr festgestellt.

Herkunftsländer/Organisationseinheit	Irak	Türkei	Afghanistan	Iran
	(4.471 mrE; Gesamtschutz- quote ohne Be- rücksichtigung materieller Ab- lehnungen des BAMF (bGSQ) 50,5 %)	(3.540 mrE; bGSQ 43,0 %)	(3.674 mrE; bGSQ 64,4 %)	(2.862 mrE; bGSQ 30,2 %)
AS Hamburg im AZ, LAS		60 (15,0 %)		
AS Berlin im AZ				52 (1,9 %)
AS Chemnitz im AZ, LAS	59 (16,9 %)			
AS Manching in AnKER			129 (34,9 %)	

Herkunftsländer/Organisationseinheit	Nigeria (2.145 mrE; bGSQ 13,3 %)	Eritrea (1.567 mrE; bGSQ 91,6 %)	Ungeklärt (1.820 mrE; bGSQ 79,5 %)	Somalia (1.141 mrE; bGSQ 79,7 %)
AS Berlin im AZ			89 (62,9 %)	
AS Heidelberg im AZ	319 (2,8 %)			
AS Bamberg in AnKER		59 (81,4 %)		
AS Schweinfurt in AnKER				52 (65,4 %)

Auswertung der Entscheidungsstatistik im zweiten Halbjahr 2020 anhand überschreitender Abweichungen von 10 Prozentpunkten oder mehr und Aufforderung zur Stellungnahme (Stand: 19. Februar 2021):

Bei den Herkunftsländern Syrien, Georgien und Eritrea wurden keine überschreitenden Abweichungen von 10 Prozentpunkten oder mehr festgestellt.

Herkunftsländer/Organisationseinheit	Irak (4.471 mrE; bGSQ 50,5 %)	Türkei (3.540 mrE; bGSQ 43,0 %)	Afghanistan (3.674 mrE; bGSQ 64,4 %)	Iran (2.862 mrE; bGSQ 30,2 %)
AS Dortmund im AZ (inkl. DS Unna)		153 (66,0 %)		
AS Suhl im AZ				64 (56,3 %)
AS München	95 (77,9 %)		171 (85,4 %)	

TOP-10-Herkunftsländer/ Organisationseinheit	Nigeria (2.145 mrE; bGSQ 13,3 %)	Ungeklärt (1.820 mrE; bGSQ 79,5 %)	Somalia (1.141 mrE; bGSQ 79,7 %)
AS Bonn im AZ	82 (34,1 %)		
AZ Lebach, LAS		50 (96,0 %)	
AS Büdingen			58 (98,3 %)

Für die Auswertung des ersten Halbjahres 2021 wurden zwölf Organisationseinheiten zur Stellungnahme aufgefordert. Die identifizierten relevanten Abweichungen konnten auch für diesen Betrachtungszeitraum überwiegend bereits anhand der umfangreichen Stichproben nachvollzogen werden. Die Stellungnahmen der Organisationseinheiten wurden ergänzend hierzu ausgewertet.

Alle betroffenen Organisationseinheiten und die Art der Abweichung können der untenstehenden Tabelle entnommen werden.

Auswertung der Entscheidungsstatistik im ersten Halbjahr 2021 anhand unterschreitender Abweichungen von 10 Prozentpunkten oder mehr und Aufforderung zur Stellungnahme (Stand: 7. Oktober 2021):

Bei den Herkunftsländern Syrien, Georgien und Eritrea sowie dem Herkunftsland „Ungeklärt“ wurden keine unterschreitenden Abweichungen von 10 Prozentpunkten oder mehr festgestellt.

Herkunftsländer/Organisationseinheit	Irak (3.811 mrE; bGSQ 46,2 %)	Türkei (2.822 mrE; bGSQ 37,3 %)	Afghanistan (3.580 mrE; bGSQ 64,8 %)	Iran (1.678 mrE; bGSQ 33,5 %)
AS Bielefeld im AZ				85 (18,8 %)
AS Eisenhüttenstadt, LAS		75 (6,7 %)		
AZ Dresden in AnKER	77 (15,6 %)			
AS Manching in AnKER			97 (26,8 %)	

TOP-10-HKL1/Organisationseinheit	Nigeria	Somalia
	(1.940 mrE; bGSQ 15,3 %)	(1.201 mrE; bGSQ 77,9 %)
AS Trier im AZ, LAS	108 (0,9 %)	
AS Schweinfurt in AnKER		89 (67,4 %)

Auswertung der Entscheidungsstatistik im ersten Halbjahr 2021 anhand überschreitender Abweichungen von 10 Prozentpunkten oder mehr und Aufforderung zur Stellungnahme (Stand: 7. Oktober 2021):

Bei den Herkunftsländern Syrien, Georgien und Eritrea wurden keine überschreitenden Abweichungen von 10 Prozentpunkten oder mehr festgestellt.

Herkunftsländer/Organisationseinheit	Irak	Türkei	Afghanistan	Iran
	(3.811 mrE; bGSQ 46,2 %)	(2.822 mrE; bGSQ 37,3 %)	(3.580 mrE; bGSQ 64,8 %)	(1.678 mrE; bGSQ 33,5 %)
AS Bochum, LAS			102 (87,3 %)	
AS Düsseldorf				51 (47,1 %)
AS München	79 (83,5 %)	75 (62,7 %)		

Herkunftsländer/Organisationseinheit	Nigeria	Ungeklärt	Somalia
	(1.940 mrE; bGSQ 15,3 %)	(1.418 mrE; bGSQ 80,0 %)	(1.201 mrE; bGSQ 77,9 %)
AS Braunschweig		60 (93,3 %)	
AS Bielefeld im AZ			51 (94,1 %)
Entscheidungszentrum West Bonn	91 (33,0 %)		

Alle relevanten Abweichungen im Betrachtungszeitraum des zweiten Halbjahres 2020 und im Betrachtungszeitraum des ersten Halbjahres 2021 konnten nachvollziehbar plausibilisiert werden. Seitens der Organisationseinheiten wurde als Hauptursache für eine Abweichung der lokalen Schutzquoten von der „Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Ablehnungen des BAMF“ die Verteilung der Verfahren benannt. Maßgebliche Auswirkungen auf die lokale Schutzquote haben somit Verfahren, in denen eine Ableitung des Schutzes im Rahmen von Familienasyl, abgeleitetem Flüchtlingsschutz bzw. abgeleitetem subsidiären Schutz in Betracht kommt. Ebenfalls sind persönliche Merkmale der Antragstellenden (Ethnie, Volkszugehörigkeit, Familienstand, Geschlecht, Alter, Religionszugehörigkeit sowie Herkunftsregion je nach Herkunftsland) bestimmend.

- Inwieweit gehört es zu den Aufgaben des BAMF, Abschiebungen zu ermöglichen (bitte ausführen und Rechtsgrundlage nennen), warum und auf wessen Veranlassung hat der Präsident des BAMF Dr. Hans-Eckhard Sommer am 10. März 2021 einen „Prüfprozess zur Rückkehr nach Syrien“ initiiert (vgl. Antwort zu Frage 6 auf Bundestagsdrucksache 19/32678), welchen aktuellen Stand haben die Bemühungen zur Ermöglichung von Abschiebungen nach Syrien (bitte konkret darlegen), und welche generellen Umstände (d. h. unabhängig vom jeweiligen Einzelfall) stehen solchen Abschiebungen nach Syrien aus Sicht des BAMF derzeit noch im Wege (bitte ausführen)?

Die Durchsetzung der Ausreisepflicht fällt in die Zuständigkeit der Länder. Das BAMF unterstützt die Länder im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben, vgl. hierzu insbesondere § 75 Nummer 13 des Aufenthaltsgesetzes. Aufgrund des

Beschlusses der Innenministerkonferenz, den Abschiebungsstopp nach Syrien über den 31. Dezember 2020 hinaus nicht zu verlängern, hat der Präsident des BAMF im Rahmen einer Tagung mit den Ländern zum Thema Asyl und Rückkehr den genannten Prüfprozess zur Rückkehr nach Syrien initiiert. Abschiebungen nach Syrien können nur erfolgen, wenn sie rechtlich zulässig und tatsächlich möglich sind. Die Voraussetzungen hierzu sind aufgrund der derzeitigen Lage in Syrien aktuell nicht gegeben.

5. In wie vielen Fällen und mit welchem Ergebnis hat das BAMF bislang infolge des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 14. Januar 2021 in der Rechtssache C-441/19 vor Erlass einer Rückkehrentscheidung intensiviert geprüft, inwieweit Aufnahmemöglichkeiten für unbegleitete Minderjährige im Herkunftsland bestehen, und wie viele Rückkehrentscheidungen bzw. Duldungen wurden infolgedessen auf welcher Rechtsgrundlage erteilt (bitte jeweils auch nach den wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass es mit dem Kindeswohl und dem genannten EuGH-Urteil vereinbar ist, unbegleiteten Minderjährigen im Falle der Ablehnung eines Schutzes bis zur Volljährigkeit nur eine Duldung zu erteilen, selbst wenn es keine Aufnahmemöglichkeit im jeweiligen Herkunftsland gibt, oder sollte diesen Kindern eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden (bitte begründen; Antwort zu Frage 7b der Nachfrage auf Bundestagsdrucksache 19/32678)?

Im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. November 2021 hat das BAMF insgesamt 1.149 Asylentscheidungen in Verfahren unbegleiteter Minderjähriger getroffen, davon 255 ablehnende Entscheidungen. Hauptherkunftsländer zum Stand 30. September 2021 waren Afghanistan, Syrien, Somalia, Guinea und Irak. Darüber hinaus liegen statistische Daten im Sinne der Anfrage nicht vor, da das BAMF Art und Umfang der Sachverhaltsaufklärung nicht statistisch erfasst. Die Prüftiefe der Sachverhaltsaufklärung ist von den Umständen des Einzelfalles abhängig.

Die geltende Rechtslage sieht vor, dass Ausländer eine Duldung erhalten, wenn keine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird und solange die Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich ist. Ob die Erteilung einer Duldung vor dem Hintergrund des EuGH-Urteils mit dem Kindeswohl vereinbar ist, muss die zuständige Ausländerbehörde in jedem Einzelfall unter Beachtung der dem Urteil zugrunde liegenden Ausführungen beurteilen. Eine pauschale Aussage kann seitens der Bundesregierung nicht getroffen werden. Im Übrigen werden die aufenthaltsrechtlichen Auswirkungen des Urteils für die deutsche Verwaltungspraxis derzeit noch eingehend geprüft.

6. Ist der Umsetzungsprozess im BAMF in Bezug auf das EuGH-Urteil C-901/19 vom 10. Juni 2021 inzwischen vollständig abgeschlossen (vgl. Antwort zu Frage 9 auf Bundestagsdrucksache 19/32678,), und zu welchen Änderungen und Ergebnissen führte z. B. die vertiefte Recherche zur Bewertung der Situation in bestimmten Herkunftsländern (bitte ausführen)?

Die Dienstanweisung Asyl des BAMF (DA-Asyl) sah bereits vor dem o. g. EuGH-Urteil vor, dass im Rahmen von § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 AsylG neben einer quantitativen Ermittlung des Tötungs- und Verletzungsrisikos auch eine wertende Gesamtschau vorzunehmen ist. Die vom EuGH formulierten Kriterien wurden klarstellend in die DA-Asyl aufgenommen. Diese ist stets Grundlage der jeweiligen Herkunftsländerleitsätze, sodass die vom EuGH formulierten Kriterien auch bei den einschlägigen Herkunftsländerleitsätzen berücksich-

tigt werden. Die Prüfung der Herkunftsländerleitsätze auf Grund des o. g. EuGH-Urteils führte zu keinen wesentlichen Änderungen der Entscheidungspraxis des BAMF, da bereits zuvor stets eine wertende Gesamtschau im Zusammenhang mit konfliktbedingten Gefahren vorzunehmen war.

7. Welche Konsequenzen wurden im BAMF inzwischen aus den geänderten Verhältnissen in Afghanistan für die Asylentscheidungspraxis gezogen (bitte im Einzelnen mit Daten auflisten), und welche Berichte und Informationen flossen dabei maßgeblich ein?

Das BAMF hat die Herkunftsländer-Leitsätze zu Afghanistan aktualisiert und zum 1. Dezember 2021 auf Grundlage dieser Leitsätze die Entscheidungen zum Herkunftsland Afghanistan wieder aufgenommen. Die Anpassung erfolgte nach Auswertung der Lagebeobachtung und -berichte zur aktuellen Situation in Afghanistan. Hierzu zählen etwa die EASO Country Guidance, der Bericht des Auswärtigen Amtes zu Afghanistan, Berichte von UN-Organisationen und anderen europäischen Migrationsbehörden sowie Presseberichte und Analysen von Hilfsorganisationen und Länderexperten.

- a) Warum werden ablehnende Bescheide des BAMF bei afghanischen Schutzsuchenden nicht wenigstens in den bei den Verwaltungsgerichten anhängigen Fällen noch einmal überprüft und gegebenenfalls abgeändert (vgl. Antwort zu Frage 10b auf Bundestagsdrucksache 19/32678), obwohl im ersten Halbjahr 2021 drei Viertel aller von den Gerichten inhaltlich überprüften BAMF-Bescheide zum Herkunftsland Afghanistan korrigiert werden mussten (ebd., Antwort zu Frage 22) und die nochmalige Überprüfung solcher Bescheide durch das BAMF nach Auffassung der Fragestellenden somit zur Entlastung der Gerichte beitragen würde (bitte begründen)?

Das BAMF prüft im Klageverfahren bei entsprechenden Anhaltspunkten bei Antragstellern aus Afghanistan Abhilfemöglichkeiten im Einzelfall. Liegen die Voraussetzungen für die Erteilung einer (höheren) Schutzform nun vor, hilft das BAMF im Einzelfall ab und trägt damit auch zur Entlastung der Gerichte bei.

- b) Inwieweit und bis wann werden Entscheidungen zu afghanischen Asylsuchenden weiterhin mit welcher Begründung rückpriorisiert (bitte ausführen und begründen)?

Auf die Antwort zu Frage 7 wird verwiesen.

8. Wie viele Asylsuchende wurden im Jahr 2021 bislang registriert (bitte nach Monaten auflisten und der Zahl der gestellten Asylerstanträge in den jeweiligen Monaten gegenüberstellen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

	Asylgesuche*	Asylerstanträge*
Januar 2021	7.820	8.524
Februar 2021	8.189	7.577
März 2021	10.069	9.503
April 2021	10.386	8.069
Mai 2021	8.949	8.278
Juni 2021	11.708	10.282
Juli 2021	13.336	12.193
August 2021	14.024	11.847
September 2021	16.633	13.849
Oktober 2021	20.128	13.293
November 2021	20.295	16.520

* Anmerkung: Aufgrund nachträglicher Änderungen können die Monatswerte nicht zu einem Gesamtwert addiert werden

9. Wie viele Asylanträge wurden im dritten Quartal 2021 bzw. im bisherigen Jahr 2021 nach § 14a Absatz 2 des Asylgesetzes von Amts wegen für hier geborene (oder eingereiste) Kinder gestellt, wie viele Asylanträge wurden in den genannten Zeiträumen von Kindern bzw. für Kinder unter 16 Jahren bzw. von Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren bzw. von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gestellt (bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen in Relation zur Gesamtzahl der Asylanträge sowie die Gesamtzahl der Anträge unter 18-Jähriger und sich überschneidende Teilmengen angeben), und wie hoch waren die jeweiligen (auch bereinigten) Gesamtschutzquoten für die genannten Gruppen?

Die Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag am 30. November 2021 bei 82,7 Prozent (3. Quartal 2021: 85,4 Prozent), bei Unbegleiteten im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 60,7 Prozent (3. Quartal 2021: 64,6 Prozent) und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 63,2 Prozent (3. Quartal 2021: 65,6 Prozent).

Die Gesamtschutzquote unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag am 30. November 2021 bei 88,6 Prozent (3. Quartal 2021: bei 88,0 Prozent), bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 69,0 Prozent (3. Quartal 2021: 74,4 Prozent) und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 76,1 Prozent (3. Quartal 2021: 79,0 Prozent).

Die weiteren Angaben können der folgenden Tabelle entnommen werden. Teilmengen sind eingerückt zur beinhaltenden Menge angegeben.

			3. Quartal 2021	
			absolut	Verhältnis zu Asyl- erstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt			40.177	
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt		19.633	48,9 %
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre		18.212	45,3 %
		unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre	192	0,5 %
		Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	1.486	3,7 %
	Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre		1.421	3,5 %
		unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)	490	1,2 %
		Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	18	0,0 %

			01.01.–30.11.2021	
			absolut	Verhältnis zu Asyl- erstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt			132.666	
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt		66.729	50,3 %
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre		61.695	46,5 %
		unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre	837	0,6 %
		Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	5.976	4,5 %
	Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre		5.034	3,8 %
		unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)	1.924	1,5 %
		Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	49	0,0 %

10. Wie viele der Asylsuchenden im bisherigen Jahr 2021 waren sogenannte Nachgeborene, d. h. hier geborene Kinder von Asylsuchenden oder Flüchtlingen (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

01.01.–30.11.2021	Absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Gesamt	23.865	18,0 %
darunter:		
Syrien	10.695	21,3 %
Afghanistan	1.758	8,6 %
Irak	2.380	17,9 %
Türkei	524	8,4 %
Ungeklärt	858	19,0 %
Somalia	969	28,6 %
Georgien	128	4,0 %
Eritrea	1.465	51,1 %
Iran	477	19,7 %
Nigeria	1.341	57,1 %

11. Wie viele Asylanträge wurden im dritten Quartal 2021 bzw. im bisherigen Jahr 2021 als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt (bitte Angaben differenziert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern machen und zudem jeweils in Relation zur Gesamtzahl der Ablehnungen setzen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

3. Quartal 2021	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
insgesamt	7.765	2.973	38,3 %
darunter:			
Syrien	22	1	4,5 %
Afghanistan	231	5	2,2 %
Irak	933	85	9,1 %
Türkei	696	118	17,0 %
Ungeklärt	135	63	46,7 %
Georgien	597	383	64,2 %
Moldau, Republik	684	582	85,1 %
Somalia	128	13	10,2 %
Eritrea	59	1	1,7 %
Nordmazedonien	189	189	100,0 %
Iran	415	32	7,7 %
Nigeria	603	102	16,9 %
Albanien	181	177	97,8 %
Russische Föderation	294	57	19,4 %
Algerien	93	54	58,1 %

01.01.–30.11.2021	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
insgesamt	31.565	11.014	34,9 %
darunter:			
Syrien	60	1	1,7 %
Afghanistan	1.491	37	2,5 %
Irak	3.806	383	10,1 %
Türkei	3.016	449	14,9 %
Ungeklärt	488	217	44,5 %
Somalia	476	34	7,1 %
Georgien	2.117	1.450	68,5 %
Eritrea	205	12	5,9 %
Iran	1.778	91	5,1 %
Nigeria	2.654	357	13,5 %
Moldau, Republik	1.532	1.289	84,1 %
Nordmazedonien	1.002	996	99,4 %
Algerien	475	263	55,4 %
Russische Föderation	1.249	212	17,0 %
Albanien	739	725	98,1 %

12. Wie viele sogenannte Flughafenverfahren wurden im bisherigen Jahr 2021 an welchen Flughafenstandorten mit welchem Ergebnis durchgeführt (bitte auch Angaben zum Anteil der Minderjährigen, der unbegleiteten Minderjährigen und zu den zehn wichtigsten Herkunftsländern machen)?

In wie vielen Fällen wurden Rechtsmittel gegen eine Ablehnung als offensichtlich unbegründet eingelegt, und was waren die Ergebnisse der gerichtlichen Überprüfung (bitte nach den wichtigsten Herkunftsländern aufschlüsseln)?

Im Berichtszeitraum gab es keine Flughafenverfahren für unbegleitete Minderjährige. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

01.01.– 30.11.2021				Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Herkunftsland	Aktenanlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a VI	offens. unbegründet	eingestellt
Insgesamt	161	19	94	64	–
darunter:					
Iran	28	1	15	11	–
Syrien	19	2	19	–	–
Türkei	19	8	10	9	–
Afghanistan	10	–	8	2	–
Irak	10	–	6	5	–
Russische Föderation	9	4	2	7	–
Kongo, Dem. Republik	8	–	4	4	–
Bangladesch	6	–	–	6	–
Ägypten	4	–	3	1	–
Armenien	4	2	4	–	–

01.01.– 30.11.2021				Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Flughafen	Aktenanlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a VI	offens. unbegründet	eingestellt
Insgesamt	161	19	94	64	–
darunter:					
Flughafen Berlin	39	12	22	17	–
Flughafen Frankfurt	107	7	61	43	–
Flughafen München	15	–	11	4	–

01.01.–30.11.2021	Rechtsmittel Verwaltungsgericht		
Herkunftsland	eingelegt	Stattgegeben	abgelehnt
Insgesamt	50	7	42
darunter:			
Iran	12	–	9
Syrien	–	–	–
Türkei	8	3	5
Afghanistan	2	2	–
Irak	4	–	4
Russische Föderation	–	–	–
Kongo, Dem. Republik	3	–	3
Bangladesch	5	–	5
Ägypten	1	–	1
Armenien	–	–	–

13. Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die statistischen Daten zu Rechtsmitteln und Gerichtsentscheidungen im Bereich Asyl für das bisherige Jahr 2021 (soweit vorliegend; bitte jeweils in der Differenzierung wie in der Antwort zu Frage 16 auf Bundestagsdrucksache 19/18498 darstellen: Asylverfahren, Widerrufsverfahren, Eilanträge in Dublin-Verfahren, Verfahrensdauern, auch zu Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes bzw. nach § 80 Absatz 5 der Verwaltungsgerichtsordnung; neben der Differenzierung nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern bitte in jedem Fall auch Angaben zu den sicheren Herkunftsstaaten sowie zu Marokko, Tunesien, Algerien, Georgien, Armenien und Türkei machen – aus Gründen der Übersichtlichkeit und wegen geringer Fallzahlen in den weiteren Instanzen sind Angaben zur ersten Instanz ausreichend)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Erst- und Folgeanträge											
01.01.–30.09.2021 (Stand: 15.11.2021)	Ein- gelegte Klagen	Gerichtsentscheidungen									anhängige Rechtsmittel
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)		
							absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	46.793	81.230	339	4.681	1.021	8.528	27.133	33,4 %	39.528	48,7 %	153.920
darunter:											
Syrien	11.208	9.567	13	957	14	239	2.609	27,3 %	5.735	59,9 %	20.157
Irak	4.605	9.041	16	349	173	999	3.472	38,4 %	4.032	44,6 %	17.322
Afghanistan	4.356	12.659	12	722	347	4.645	1.626	12,8 %	5.307	41,9 %	18.414
Nigeria	3.297	7.092	10	49	12	471	3.052	43,0 %	3.498	49,3 %	10.594
Türkei	2.876	3.823	127	375	14	51	1.760	46,0 %	1.496	39,1 %	10.292
Iran	2.209	5.373	49	1.157	29	80	2.151	40,0 %	1.907	35,5 %	13.052
Russische Föderation	1.814	4.040	50	72	53	95	1.664	41,2 %	2.106	52,1 %	10.147
Georgien	1.430	1.713	1	7	1	34	770	45,0 %	900	52,5 %	2.614
Moldau, Republik	1.211	608	–	–	2	–	204	33,6 %	402	66,1 %	1.398
Pakistan	1.112	2.748	6	332	6	91	1.191	43,3 %	1.122	40,8 %	4.299
Somalia	843	2.318	1	63	65	243	475	20,5 %	1.471	63,5 %	3.378
Ungeklärt	788	1.422	2	137	34	106	319	22,4 %	824	57,9 %	3.199
Guinea	695	1.700	3	35	8	71	784	46,1 %	799	47,0 %	2.728
Äthiopien	502	1.082	–	23	11	339	281	26,0 %	428	39,6 %	2.849
Aserbaidshan	483	1.329	7	28	6	31	627	47,2 %	630	47,4 %	2.457
Marokko	394	435	–	4	3	6	100	23,0 %	322	74,0 %	808
Tunesien	305	235	–	2	–	5	55	23,4 %	173	73,6 %	534
Algerien	432	563	2	7	6	5	169	30,0 %	374	66,4 %	690
Armenien	399	1.265	–	–	4	41	591	46,7 %	629	49,7 %	1.821
Albanien	322	499	–	1	–	17	141	28,3 %	340	68,1 %	935
Bosnien-Herzegowina	212	95	–	–	–	4	21	22,1 %	70	73,7 %	358
Ghana	263	430	–	3	–	19	151	35,1 %	257	59,8 %	647
Kosovo	194	226	–	–	1	12	43	19,0 %	170	75,2 %	541
Nordmazedonien	326	340	–	–	–	5	86	25,3 %	249	73,2 %	608
Montenegro	33	81	–	–	–	–	19	23,5 %	62	76,5 %	81
Senegal	94	164	–	3	–	8	52	31,7 %	101	61,6 %	284
Serbien	400	351	–	–	–	1	60	17,1 %	290	82,6 %	896

Widerrufsverfahren									
01.01.–30.09.2021 (Stand: 15.11.2021)	Ein- gelegte Klagen	Gerichtsentscheidungen							an- hän- gi- ge Rechts- mittel
		Gesamt	Widerruf Art. 16a GG/ Flüchtlings- eigenschaft/ subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrens- erledigungen (z. B. Rück- nahmen)		
			absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten ge- samt	2.163	1.318	449	34,1 %	131	9,9 %	738	56,0 %	5.063
darunter:									
Afghanistan	632	452	79	17,5 %	86	19,0 %	287	63,5 %	1.096
Irak	353	196	87	44,4 %	12	6,1 %	97	49,5 %	1.096
Syrien	246	162	64	39,5 %	19	11,7 %	79	48,8 %	618
Ungeklärt	93	59	29	49,2 %	1	1,7 %	29	49,2 %	206
Nigeria	78	27	15	55,6 %	1	3,7 %	11	40,7 %	144
Russische Föderation	74	50	13	26,0 %	1	2,0 %	36	72,0 %	250
Armenien	73	26	12	46,2 %	2	7,7 %	12	46,2 %	148
Iran	69	29	8	27,6 %	2	6,9 %	19	65,5 %	143
Türkei	62	26	12	46,2 %	1	3,8 %	13	50,0 %	187
Eritrea	58	39	19	48,7 %	2	5,1 %	18	46,2 %	124
Somalia	55	30	11	36,7 %	3	10,0 %	16	53,3 %	110
Kosovo	43	28	14	50,0 %	–	–	14	50,0 %	58
Libanon	38	9	4	44,4 %	–	–	5	55,6 %	140
Äthiopien	32	10	3	30,0 %	–	–	7	70,0 %	84
Indien	28	–	–	–	–	–	–	–	55
Marokko	4	3	1	33,3 %	–	–	2	66,7 %	18
Tunesien	1	–	–	–	–	–	–	–	7
Algerien	7	–	–	–	–	–	–	–	20
Georgien	4	7	4	57,1 %	1	14,3 %	2	28,6 %	7
Albanien	15	11	1	9,1 %	–	–	10	90,9 %	21
Bosnien-Herzegowina	4	7	3	42,9 %	–	–	4	57,1 %	11
Ghana	6	3	1	33,3 %	–	–	2	66,7 %	11
Nordmazedonien	7	13	6	46,2 %	–	–	7	53,8 %	12
Montenegro	2	–	–	–	–	–	–	–	9
Senegal	5	–	–	–	–	–	–	–	5
Serbien	12	26	4	15,4 %	–	–	22	84,6 %	49

Durchschnittliche Dauer gerichtlicher Verfahren in Monaten		
	Verfahrensdauer Erst- und Folgeanträge:	Verfahrensdauer Widerrufe:
01.01.–30.09.2021	26,4	13,1

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen im Dublin-Verfahren

01.01.2021–30.09.2021 (Stand: 15.11.2021)	abgelehnt	Statt- gegeben	Gesamt- entschei- dungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	3.247	1.161	4.408
darunter:			
Afghanistan	521	181	702
Irak	392	188	580
Syrien	417	104	521

01.01.2021–30.09.2021 (Stand: 15.11.2021)	abgelehnt	Statt- gegeben	Gesamt- entschei- dungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	3.247	1.161	4.408
darunter:			
Nigeria	223	157	380
Russische Föderation	228	68	296
Iran	111	65	176
Pakistan	103	30	133
Algerien	114	5	119
Türkei	90	28	118
Weißrussland	82	3	85
Georgien	76	1	77
Tunesien	62	14	76
Ungeklärt	63	12	75
Moldau (Republik)	71	1	72
Somalia	46	26	72
Marokko	40	7	47
Armenien	33	8	41
Albanien	2	6	8
Bosnien und Herzegowina	4	–	4
Ghana	33	7	40
Kosovo	14	1	15
Nordmazedonien	5	–	5
Montenegro	4	–	4
Senegal	10	–	10
Serbien	25	3	28

Verfahrensdauer Eilanträge im Dublin-Verfahren (in Tagen)

Zeitraum: 01.01.–30.09.2021 (Stand: 15.11.2021)	Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO	Antrag nach § 80 Abs. 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Staatsangehörigkeiten gesamt	56,4	32,5	37,4
darunter:			
Afghanistan	47,5	20,5	19,9
Irak	47,8	26,7	30,8
Syrien	40,4	36,8	8,7
Nigeria	78,9	54,8	51,5
Russische Föderation	51,9	34,6	76,8
Iran	77,1	23,5	34,0
Pakistan	28,0	17,5	41,0
Algerien	35,1	8,5	6,8
Türkei	41,2	19,3	16,4
Weißrussland	315,3	33,0	5,0
Georgien	34,5	9,0	–
Tunesien	52,1	98,5	–
Ungeklärt	25,7	28,4	46,8
Moldau (Republik)	25,2	–	5,0
Somalia	43,1	55,9	72,7
Marokko	72,6	36,5	–

Zeitraum: 01.01.–30.09.2021 (Stand: 15.11.2021)	Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO	Antrag nach § 80 Abs. 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Staatsangehörigkeiten gesamt	56,4	32,5	37,4
darunter:			
Armenien	21,1	13,9	1,0
Albanien	101,3	–	–
Bosnien und Herzegowina	16,0	–	15,0
Ghana	50,0	28,0	6,5
Kosovo	17,9	8,0	–
Nordmazedonien	26,2	–	–
Montenegro	272,0	–	–
Senegal	26,7	–	–
Serbien	53,5	106,0	13,0

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt

01.01.–30.09.2021 (Stand: 15.11.2021)	abgelehnt	statt- gegeben	Gesamt- entschei- dungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	13.275	3.692	16.967
darunter:			
Afghanistan	1.355	657	2.012
Irak	1.016	455	1.471
Syrien	1.091	276	1.367
Nigeria	978	380	1.358
Russische Föderation	812	236	1.048
Georgien	890	69	959
Moldau (Republik)	795	14	809
Türkei	644	147	791
Iran	421	187	608
Pakistan	329	85	414
Armenien	330	34	364
Somalia	232	108	340
Serbien	295	14	309
Guinea	227	73	300
Ungeklärt	218	74	292
Algerien	240	24	264
Marokko	180	28	208
Tunesien	177	23	200
Albanien	243	34	277
Bosnien und Herzegowina	127	13	140
Ghana	183	49	232
Kosovo	136	7	143
Nordmazedonien	181	19	200
Montenegro	42	1	43
Senegal	58	15	73

Verfahrensdauer Eilanträge (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt (in Tagen)

Zeitraum: 01.01.–30.09.2021 (Stand: 15.11.2021)	Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO	Antrag nach § 80 Abs. 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Staatsangehörigkeiten gesamt	55,2	41,5	41,9
darunter:			
Afghanistan	49,1	32,8	39,3
Irak	54,4	30,7	50,5
Syrien	44,9	58,5	28,5
Nigeria	88,5	84,0	55,4
Russische Föderation	98,1	29,9	72,6
Georgien	34,3	25,0	23,4
Moldau (Republik)	24,3	58,7	25,7
Türkei	41,7	30,9	36,4
Iran	50,7	31,1	35,4
Pakistan	28,2	26,5	26,3
Armenien	27,3	40,7	17,2
Somalia	75,9	98,2	64,5
Serbien	26,1	26,7	25,2
Guinea	40,3	37,1	27,6
Ungeklärt	51,0	29,6	44,8
Algerien	53,3	48,5	24,0
Marokko	55,6	29,4	219,0
Tunesien	63,7	98,2	23,8
Albanien	82,9	41,6	66,2
Bosnien und Herzegowina	26,4	16,6	29,0
Ghana	35,9	34,3	11,2
Kosovo	39,4	10,9	15,0
Nordmazedonien	27,6	28,9	36,2
Montenegro	58,3	15,0	16,2
Senegal	41,8	10,5	4,0

- a) Wie viele Rechtsmittel sind derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung anhängig in Verfahren, in denen subsidiär Schutzberechtigte oder Personen mit nationalem Abschiebungsschutz (bitte differenzieren) auf einen Flüchtlingsstatus klagen (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele dieser Verfahren wurden im bisherigen Jahr 2021 mit welchem Ergebnis entschieden (bitte nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren; Angaben zur ersten Instanz sind ausreichend)?

Die folgenden Klagen gegen vom BAMF auf subsidiären Schutz entschiedene Asylanträge waren zum Stichtag 30. September 2021 anhängig:

anhängige Klagen gegen subsidiären Schutz zum 30. September 2021	
nach Staatsangehörigkeit	Klagen
Gesamt	12.115
darunter:	
Syrien	10.191
Irak	496
Eritrea	322
Ungeklärt	302

anhängige Klagen gegen subsidiären Schutz zum 30. September 2021	
nach Staatsangehörigkeit	Klagen
Gesamt	12.115
darunter:	
Jemen	206
Staatenlos	111
Afghanistan	128
Somalia	63
Iran	60
Sudan	30

anhängige Klagen gegen subsidiären Schutz zum 30. September 2021	
nach Ländern	Klagen
Gesamt	12.115
Baden-Württemberg	1.378
Bayern	1.243
Berlin	934
Brandenburg	828
Bremen	150
Hamburg	176
Hessen	1.845
Mecklenburg-Vorpommern	167
Niedersachsen	1.220
Nordrhein-Westfalen	2.789
Rheinland-Pfalz	117
Saarland	66
Sachsen	417
Sachsen-Anhalt	332
Schleswig-Holstein	144
Thüringen	309

Die folgenden Klagen gegen die Feststellung eines Abschiebungsverbotes waren zum Stichtag 30. September 2021 anhängig:

anhängige Klagen gegen Feststellung eines Abschiebungsverbotes zum 30. September 2021	
nach Staatsangehörigkeit	Klagen
Gesamt	2.565
darunter:	
Afghanistan	1.109
Irak	400
Syrien	223
Eritrea	169
Somalia	131
Äthiopien	75
Nigeria	66
Ungeklärt	44
Russische Föderation	30
Türkei	28

anhängige Klagen gegen Feststellung eines Abschiebungsverbotes zum 30. September 2021	
nach Ländern	Klagen
Gesamt	2.565
Baden-Württemberg	171
Bayern	244
Berlin	187
Brandenburg	154
Bremen	56
Hamburg	37
Hessen	411
Mecklenburg-Vorpommern	32
Niedersachsen	398
Nordrhein-Westfalen	684
Rheinland-Pfalz	42
Sachsen	52
Sachsen-Anhalt	25
Schleswig-Holstein	39
Thüringen	33

Die folgenden Klagen gegen vom BAMF auf subsidiären Schutz entschiedene Verfahren wurden wie folgt entschieden:

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 Absatz 1 AsylG	Keine Verbesserung
01.01.–30.09.2021	5.419	16	1.064	4.339
darunter:				
Syrien	4.405	13	915	3.477
Irak	279	–	22	257
Eritrea	213	–	22	191
Ungeklärt	147	1	49	97
Afghanistan	94	–	22	72
Jemen	57	–	5	52
Staatenlos	50	–	14	36
Somalia	50	–	4	46
Sudan	23	–	2	21
Iran	16	–	3	13

nach Ländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 Absatz 1 AsylG	Keine Verbesserung
01.01.–30.09.2021	5.419	16	1.064	4.339
Baden-Württemberg	711	3	121	587
Bayern	531	–	35	496
Berlin	383	3	151	229
Brandenburg	393	1	208	184
Bremen	66	–	14	52
Hamburg	93	–	10	83
Hessen	825	–	76	749
Mecklenburg-Vorpommern	35	–	2	33
Niedersachsen	569	–	62	507
Nordrhein-Westfalen	1.047	7	216	824

nach Ländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 Absatz 1 AsylG	Keine Verbesserung
01.01.–30.09.2021	5.419	16	1.064	4.339
Rheinland-Pfalz	159	–	14	145
Saarland	51	–	3	48
Sachsen	104	1	15	88
Sachsen-Anhalt	171	–	72	99
Schleswig-Holstein	177	–	24	153
Thüringen	104	1	41	62

Die folgenden Klagen gegen Feststellung eines Abschiebungsverbotes wurden wie folgt entschieden:

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 Absatz 1 AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 AsylG	Keine Verbesserung
–30.09.2021	1.603	6	154	102	1.341
darunter:					
Afghanistan	739	3	81	36	619
Irak	301	1	29	8	263
Eritrea	115	–	6	44	65
Somalia	81	–	6	3	72
Syrien	59	–	6	–	54
Nigeria	51	1	–	1	49
Äthiopien	28	–	2	–	26
Ungeklärt	23	–	1	–	21
Guinea	21	1	–	7	14
Iran	19	–	3	2	14

nach Ländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 Absatz 1 AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 AsylG	Keine Verbesserung
01.01.–30.09.2021	1.603	6	154	102	1.341
Baden-Württemberg	230	1	24	38	167
Bayern	102	–	5	3	94
Berlin	65	–	5	5	55
Brandenburg	66	–	2	7	57
Bremen	35	–	7	5	23
Hamburg	48	–	4	–	44
Hessen	320	–	35	24	261
Mecklenburg-Vorpommern	12	–	–	–	12
Niedersachsen	223	1	17	3	202
Nordrhein-Westfalen	325	4	34	15	272
Rheinland-Pfalz	34	–	1	–	33
Saarland	6	–	3	–	3
Sachsen	32	–	6	–	26
Sachsen-Anhalt	31	–	–	2	29
Schleswig-Holstein	45	–	6	–	39
Thüringen	29	–	5	–	24

- b) Gegen wie viele der Asylbescheide des BAMF wurden im bisherigen Jahr 2021 Rechtsmittel eingelegt (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und Klagequoten in Bezug auf die Gesamtzahl der Bescheide und in Bezug auf Ablehnungen gesondert ausweisen; bitte jeweils nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und zusätzlich nach den für sicher erklärten Herkunftsländern differenzieren, zusätzlich differenzieren nach der Art der Ablehnung: unbegründet, offensichtlich unbegründet, unzulässig/Dublin-Bescheid)?

Wie lautete die Klagequote in Bezug auf ablehnende Bescheide des BAMF für das bisherige Jahr 2021?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Staatsangehörigkeit	Entscheidungen insgesamt			Davon Entscheidung „abgelehnt“			Davon Entscheidung „o. u. abgelehnt“			davon Entscheidung „Unzulässig“		
01.01.–30.09.2021 Stand: 15.11.2021		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil
Gesamt	113.223	43.787	38,7 %	17.048	14.949	87,7 %	7.746	4.263	55,0 %	41.184	19.631	47,7 %
darunter:												
Syrien	47.464	10.718	22,6 %	42	22	52,4 %	2	2	100,0 %	20.148	6.432	31,9 %
Irak	7.941	4.277	53,9 %	2.710	2.362	87,2 %	273	199	72,9 %	2.118	1.641	77,5 %
Afghanistan	7.708	3.660	47,5 %	1.453	1.378	94,8 %	37	29	78,4 %	2.979	2.105	70,7 %
Türkei	4.885	2.787	57,1 %	2.100	1.985	94,5 %	365	294	80,5 %	619	476	76,9 %
Nigeria	4.244	3.029	71,4 %	1.939	1.706	88,0 %	307	227	73,9 %	1.373	1.061	77,3 %
Iran	3.365	2.092	62,2 %	1.451	1.367	94,2 %	81	66	81,5 %	861	640	74,3 %
Ungeklärt	3.349	736	22,0 %	228	181	79,4 %	190	98	51,6 %	861	392	45,5 %
Moldau (Rep.)	3.011	1.255	41,7 %	183	136	74,3 %	795	360	45,3 %	1.863	764	41,0 %
Somalia	2.618	751	28,7 %	363	328	90,4 %	30	21	70,0 %	582	363	62,4 %
Russische Föd.	2.406	1.655	68,8 %	867	744	85,8 %	179	118	65,9 %	1.100	823	74,8 %
Eritrea	2.349	355	15,1 %	142	113	79,6 %	9	4	44,4 %	204	141	69,1 %
Georgien	2.262	1.458	64,5 %	450	375	83,3 %	985	702	71,3 %	564	354	62,8 %
Pakistan	1.585	1.027	64,8 %	466	404	86,7 %	76	50	65,8 %	831	566	68,1 %
Algerien	1.338	400	29,9 %	177	115	65,0 %	198	83	41,9 %	645	196	30,4 %
Guinea	1.254	612	48,8 %	381	330	86,6 %	89	50	56,2 %	371	227	61,2 %
Serbien	959	377	39,3 %	13	10	76,9 %	387	163	42,1 %	510	213	41,8 %
Nordmazedonien	892	431	48,3 %	1	1	100,0 %	336	182	54,2 %	502	253	50,4 %
Albanien	725	320	44,1 %	5	3	60,0 %	373	180	48,3 %	278	132	47,5 %
Bosnien u. Herzeg.	490	214	43,7 %	1	1	100,0 %	187	85	45,5 %	288	126	43,8 %
Ghana	477	243	50,9 %	2	1	50,0 %	312	169	54,2 %	104	65	62,5 %
Kosovo	396	182	46,0 %	5	2	40,0 %	139	75	54,0 %	199	98	49,2 %
Senegal	156	88	56,4 %	3	1	33,3 %	73	51	69,9 %	64	35	54,7 %
Montenegro	69	24	34,8 %	3	2	66,7 %	36	12	33,3 %	25	10	40,0 %

- c) Wie ist die aktuelle Zahl der anhängigen Gerichtsverfahren im Bereich Asyl, differenziert nach (Bundes-, Ober-)Verwaltungsgerichten?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Gericht Stand: 30.09.2021	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
Bei Gericht anhängige Verfahren	156.062
Bundesverwaltungsgericht	51
VGH Baden-Württemberg	136
VG Freiburg	3.476
VG Karlsruhe	2.648
VG Sigmaringen	3.705
VG Stuttgart	4.419
Bayerischer Verwaltungsgerichtshof	227
VG Ansbach	4.053
VG Augsburg	949
VG Bayreuth	1.568
VG München	9.887
VG Regensburg	2.586
VG Würzburg	1.100
Bayerischer VGH – Außenstelle Ansbach	474
OVG Berlin-Brandenburg	129
VG Berlin	12.647
VG Cottbus	2.564
VG Frankfurt/Oder	2.492
VG Potsdam	6.229
OVG der Freien Hansestadt Bremen	3
VG Bremen	1.506
Hamburgisches Obergerverwaltungsgericht	8
VG Hamburg	3.752
Hessischer Verwaltungsgerichtshof	106
VG Darmstadt	4.669
VG Frankfurt/Main	2.408
VG Kassel	2.537
VG Wiesbaden	2.708
VG Gießen	4.798
Niedersächsisches Obergerverwaltungsgericht	213
VG Braunschweig	2.877
VG Hannover	6.318
VG Oldenburg	3.141
VG Osnabrück	1.912
VG Stade	2.113
VG Lüneburg	1.796
VG Göttingen	1.229
OVG für das Land Nordrhein-Westfalen	383
VG Aachen	2.844
VG Arnsberg	5.753
VG Düsseldorf	5.288
VG Gelsenkirchen	4.543
VG Köln	6.586
VG Minden	2.892
VG Münster	3.268
OVG Rheinland-Pfalz	28

Gericht Stand: 30.09.2021	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
Bei Gericht anhängige Verfahren	156.062
VG Trier	1.737
OVG des Saarlandes	13
VG des Saarlandes	435
Schleswig-Holsteinisches OVG	73
VG Schleswig-Holstein	4.670
OVG Sachsen-Anhalt	81
VG Magdeburg	1.381
VG Halle	886
Thüringer Obergerverwaltungsgericht	1
VG Gera	207
VG Meiningen	1.592
VG Weimar	1.292
Sächsisches Obergerverwaltungsgericht	146
VG Chemnitz	3.681
VG Dresden	2.630
VG Leipzig	1.550
OVG Mecklenburg-Vorpommern	98
VG Greifswald	1.387
VG Schwerin	1.183

- d) In wie vielen Fällen erhielten zunächst abgelehnte Asylsuchende im bisherigen Jahr 2021 doch noch einen Schutzstatus, und in wie vielen Fällen basierte dies auf einer Gerichtsentscheidung, auf einer Abhilfeentscheidung bzw. geschah dies infolge eines Folgeantrags oder aus sonstigem Grunde (bitte differenzieren und zudem nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten auflisten)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Zeitraum: 01.01.–30.09.2021			
Staatsangehörigkeit		davon aufgrund einer Gerichts- entscheidung	Abhilfeent- scheidungen
Gesamt	17.958	15.395	2.563
davon:			
Syrien	1.219	1.005	214
Irak	1.760	1.620	140
Afghanistan	7.180	6.099	1.081
Türkei	755	598	157
Nigeria	671	598	73
Iran	1.661	1.416	245
Ungeklärt	369	277	92
Moldau (Republik)	3	2	1
Somalia	439	371	68
Russische Föderation	370	318	52
Eritrea	261	234	27
Georgien	48	43	5
Pakistan	538	457	81
Algerien	20	20	–
Guinea	147	125	22

Positive Entscheidungen infolge von Folgeanträgen

Zeitraum: 01.01.–30.09.2021	
Staatsangehörigkeit	Summe
Gesamt	2.055
davon:	
Syrien	511
Irak	148
Afghanistan	457
Türkei	77
Nigeria	66
Iran	167
Ungeklärt	34
Moldau (Republik)	–
Somalia	100
Russische Föderation	69
Eritrea	71
Georgien	2
Pakistan	38
Algerien	4
Guinea	26

Positive Entscheidungen infolge von sonstigen Gründen

Zeitraum: 01.01.–30.09.2021	
Herkunftsland	Summe
Gesamt	571
davon:	
Syrien	4
Irak	54
Afghanistan	280
Türkei	4
Nigeria	38
Iran	9
Ungeklärt	6
Moldau (Republik)	–
Somalia	3
Russische Föderation	3
Eritrea	1
Georgien	3
Pakistan	9
Algerien	1
Guinea	5

- e) Wie viele gerichtliche Entscheidungen im Eilverfahren gab es im bisherigen Jahr 2021 zu Asylsuchenden, denen bereits in einem anderen Mitgliedstaat Schutz gewährt worden war, und mit welchem Ergebnis (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten auflisten)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Entscheidungen in Eilverfahren – Schutzgewährung in einem anderen MS nach § 29 Absatz 1 Nummer 2 AsylG			
Zeitraum: 01.01.–30.09.2021 (Stand: 15.11.2021)			
Staatsangehörigkeit	abgelehnt	stattgegeben	Gesamt
Gesamt	608	130	738
darunter:			
Syrien	323	64	387
Somalia	63	17	80
Irak	47	12	59
Nigeria	53	3	56
Afghanistan	28	9	37
Ungeklärt	21	4	25
Eritrea	10	6	16
Iran	13	3	16
Russische Föderation	12	2	14
Libyen	3	5	8

- f) Wie lauten die differenzierteren Angaben des BAMF zu der Kategorie „sonstige Erledigungen“ bei Gerichtsentscheidungen für das bisherige Jahr 2021?

Die Angaben zu den sonstigen Erledigungen für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. September 2021 können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Sonstige Verfahrenserledigungen	01.01.–30.09.2021
Keine Schutzgewährung festgestellt	31.267
Schutzgewährung offen	6.098
Schutzgewährung	2.467
Summe	39.832

14. Welche aktuellen Informationen gibt es zur Personalsituation, Personalentwicklung und Personalplanung im BAMF (bitte auch spezifische Angaben zu den Bereichen Asylprüfung, Widerrufsprüfung, Dublin-Verfahren, Qualitätssicherung und Prozessvertretung machen; bitte wie in der Antwort zu Frage 25 auf Bundestagsdrucksache 19/32678 angeben)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Personal-Einsatz ausgewählter Bereiche in VZÄ				
	eD/mD	gD	hD	Summe
Asyl (ohne Widerruf)*	1160,9	876,3	45,1	2082,3
Widerrufsprüfung*	113,9	174,9	8,0	296,8
Prozess gesamt	143,6	166,7	40,3	350,6
dezentral*	133,7	160,6	21,4	315,7
zentral (61D & 61E)**	9,9	6,1	18,9	34,9
QS gesamt	43,3	118,4	16,7	178,4
dezentral*	35,2	90,0	10,2	135,4

Personal-Einsatz ausgewählter Bereiche in VZÄ				
	eD/mD	gD	hD	Summe
zentral (62A, 62B, 62C)**	8,1	28,4	6,5	43,0
Dublin gesamt	159,6	182,4	8,5	350,5
dezentral (Dublinzentren 32D, 32E, 32F, o.B.)*	64,6	112,4	0,5	177,5
Dublinreferate (32A, 32B, 32C)**	95,0	70,0	8,0	173,0

* gemäß Personal-Ist Abfrage KW48 (29.11.–03.12.2021)

** gemäß ZSD Stand: 01.12.2021

Vakante Stellen in VZÄ (Stand: 01.12.2021)			
	mD	gD	hD
Prozess zentral (61D, 61E)	0,1	0,9	2,0
QS zentral (62A, 62B, 62C)	0,0	6,6	1,0
Dublin (32A-F)	23,4	17,6	0,5

Soll in VZÄ (Stand: 15.11.2021)			
	mD	gD	hD
Prozess zentral (61D, 61E)	10,0	7,0	20,9
QS zentral (62A, 62B, 62C)	8,0	35,0	7,5
Dublin (32A-F)	183,0	200,0	9,0

Personalplanung	
Asyl und Widerruf: Aktuell sind 37 VZÄ im mD und 142 VZÄ im gD in Ausschreibung	
Prozess: Aktuell sind 39 VZÄ im gD in Ausschreibung	
QS: Aktuell sind 1 VZÄ im mD, 7 VZÄ im gD und 1 VZÄ im hD in Ausschreibung	
Dublin: Aktuell sind 14 VZÄ im mD und 15 VZÄ im gD in Ausschreibung	

Die zukünftige Personalplanung für den operativen Bereich hängt maßgeblich von den künftigen Aufgabenschwerpunkten ab. Eine verbindliche Aussage kann deshalb zum jetzigen Zeitpunkt nicht getroffen werden.

- Wie viele Asylgesuche gab es im bisherigen Jahr 2021 an den bundes-deutschen Grenzen (bitte nach Grenzabschnitten und wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren; außerdem differenzieren, ob das Asylgesuch im Kontext einer unerlaubten Einreise gestellt wurde)?

Von Januar bis Oktober 2021 äußerten gemäß Polizeilicher Eingangsstatistik der Bundespolizei 19.211 Personen gegenüber der Bundespolizei und den mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden ein Schutzersuchen. Eine Aufschlüsselung nach den jeweiligen Grenzen sowie den wichtigsten Staatsangehörigkeiten kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Grenze zu	Anzahl Personen	davon unerlaubt Eingereiste
Gesamt	19.211	17.091
davon:		
Inlandsfeststellung	2.041	0
Belgien	613	613

Grenze zu	Anzahl Personen	davon unerlaubt Eingereiste
Gesamt	19.211	17.091
davon:		
Dänemark	131	131
Frankreich	985	985
Luxemburg	148	148
Niederlande	175	175
Polen	6.967	6.967
Schweiz	696	696
Tschechien	472	472
ungeklärt	302	271
Österreich	1.239	1.239
Luftgrenze	4.998	4.958
Seegrenze	444	436

Staatsangehörigkeit (Top 10)	Anzahl Personen	davon unerlaubt Eingereiste
Gesamt	19.211	17.091
darunter:		
irakisch	5.632	5.430
afghanisch	5.491	4.954
syrisch	2.323	2.141
türkisch	760	729
algerisch	737	508
iranisch	616	539
marokkanisch	481	323
jemenitisch	392	389
tunesisch	284	225
libysch	224	164

16. Welche Angaben für das bisherige Jahr 2021 lassen sich machen zu überprüfen (vor allem: Ausweis-)Dokumenten und zum Anteil ge- oder verfälschter Dokumente Asylsuchender (bitte zum Vergleich auch die Anzahl der „beanstandeten“ Dokumente angeben und differenzieren nach den zehn wichtigsten Hauptherkunftsländern)?

Die Angaben (Zeitraum: 1. Januar bis 30. November 2021) können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Top 10 der Herkunftsländer	Geprüfte Dokumente	Dokumente ohne Beanstandung	Nicht abschließend bewertbare Dokumente	beanstandete Dokumente	Anteil der beanstandeten Dokumente in %
Summe	157.480	147.034	7.283	3.163	2,0
darunter:					
Syrien	70.784	66.807	2.235	1.742	2,5
Afghanistan	25.795	24.637	762	396	1,5
Irak	20.516	19.537	693	286	1,4
Türkei	7.357	7.112	194	51	0,7
ungeklärt	2.596	2.596			0,0
Somalia	695	469	152	74	10,6
Georgien	2.553	2.133	389	31	1,2
Eritrea	1.529	1.365	125	39	2,6

Top 10 der Herkunftsländer	Geprüfte Dokumente	Dokumente ohne Beanstan- dung	Nicht abschlie- ßend bewert- bare Doku- mente	beanstandete Dokumente	Anteil der be- anstandeten Dokumente in %
Summe	157.480	147.034	7.283	3.163	2,0
darunter:					
Iran	5.812	5.594	149	69	1,2
Nigeria	662	373	232	57	8,6